



Schreibe nieder, was du gesehen hast!

Dieter Beständig
Bergstrasse 2
D-79771 Griessen
Telefon 07742-919329
Mail: D.Bestaendig@online.de

Eine wichtige Offenbarung vom 19.März 2016

Liebe Geschwister in Yeschua.

Ich gebe hier eine wichtige Offenbarung vom HERRN weiter die ich am Samstag, den 19.März 2016 gegen Mittag empfangen habe. Um diese Zeit war ich im Gebet und brachte verschiedene Gebetsanliegen vor dem Thron Gottes. Plötzlich hatte ich eine offene Vision. Ich erblickte zwei Heilige vor mir. Der eine hielt eine Tafel in beiden Händen worauf ich die Worte las: „Buch der Ereignisse“. Er sagte zu dem anderen Heiligen, welcher ein Schreibzeug vor sich hielt: „Schreibe nieder“. Daraufhin erblickte ich eine aus vielen Felssteinen aufgehäufte Felspyramide. Diese felsigen Trümmer waren nicht fest miteinander verbunden sondern eben nur „kunstvoll“ als Pyramide aufgehäuft. (Sie symbolisierten die einzelnen Mitgliedstaaten der EU). Plötzlich erschien von der rechten Seite her kommend ein gewaltiger Wirbelsturm, welcher auf diesen locker aufgehäuften Steinhaufen traf. Ich hörte eine Stimme sagen: „Wer bist du grosser Berg, werde vor dem Herrn zur Ebene“ (Anlehnung an Sacharja 4,7)

Im nächsten Augenblick wurde diese Pyramide völlig in Einzelteilen auseinandergerissen. Danach wirbelten diese einzelnen Felsbrocken sich um die eigene Achse drehend und einen grossen Kreis bildend umeinander. Ich hörte den Heiligen laut sagen: „Die Europäische Union wird auseinander brechen!“

Danach endete diese Vision und Offenbarung.

PS: Daraufhin suchte ich diesbezüglich nach einigen Hinweisen in den Medien und fand einige deutliche Artikel in der dieses befürchtete Szenario sogar am Weltwirtschaftsforum in Davos 2016 dargestellt wurde. (Bitte Anhang lesen). 1989 gab mir Gott diesbezüglich eine Vision über das „Haus Europa“ welches den Titel trägt: „Der geistliche Kampf um Europa“. Letztlich sah ich darin den Zerfall der Illusion: „Die Stützstreben dieses Gebäudes fielen auseinander und ich sah eine riesige wabernde Seifenblase die nun haltlos geworden zerplatzte.“

In einem Blog von „Gutefrage.net“ fragte eine Leserin am 23.1.2016: „Wird der Traum von einem Europa zu einer Seifenblase?“ und: „Zerplatzt der Traum von einem Europa?“ Hier ist die Antwort!

Gesegnet ist der Mann der auf GOTT vertraut
...und der nicht Menschen (oder die EU) zu seinem
Arm macht! Lies hierzu im Zusammenhang
Jeremia 17,5-8

Konflikte in der EU: Europas Zerreißprobe

Flüchtlingskrise, Brexit-Abstimmung, der Konflikt mit Polen: Nie war das Ende der EU so realistisch wie heute. Greifbar wird das in Brüssel – wo bald jeder gegen jeden kämpfen könnte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung - 16.01.2016, von HENDRIK KAFSACK, BRÜSSEL

Es ist die Zeit der Neujahrsempfänge in Brüssel. Parteien, Verbände, Landesvertretungen und EU-Staaten laden ein, um auf ein weiteres Jahr Europäische Union anzustoßen. Eines jedoch ist in diesem Jahr anders. Dem Neujahrsgruß folgt oft die bange Frage: „Könnte es das letzte Jahr sein?“

Folgen: Der deutsche Kommissar Günther Oettinger warnt: Zum ersten Mal habe er das Gefühl, dass ein Auseinanderfallen der Union eine ernsthafte Gefahr sei. Und Parlamentspräsident Martin Schulz sagt: „Die EU war nie so herausgefordert, wie das zurzeit ist.“ Das Jahr 2015 – die erste Hälfte geprägt von der Griechenland-Krise, die zweite vom Andrang der Flüchtlinge – steckt ihnen allen in den Knochen. „Das schlimmste Jahr meiner politischen Arbeit“, sagt Schulz.

Es könnte kaum schlimmer kommen. Der Flüchtlingsandrang über den Westbalkan ist trotz des schlechten Winterwetters nicht abgerissen, der Konflikt mit Griechenland allenfalls vorübergehend gelöst. Das wirtschaftliche Auseinanderdriften des Euroraums ist ungebremst. Der Streit zwischen dem Süden und Norden über die Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen ist angesichts der Flüchtlingskrise nur in den Hintergrund getreten.

Wie groß die Divergenzen weiterhin sind, hat vor Weihnachten der Wutausbruch des italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi gezeigt, als er – frustriert von der ablehnenden deutschen Haltung zu einer europäischen Einlagensicherung – die vermeintliche Dominanz Deutschlands anprangerte.

Alles andere als eine Liebeserklärung: Wohl kurz vor oder nach der Sommerpause werden die Briten über ihren Verbleib in der EU abstimmen. Seit Wochen sucht Brüssel nach einem Weg, die Forderungen von Premierminister David Cameron für ein „Ja“ zu erfüllen, ohne in Konflikt mit den EU-Verträgen zu geraten – und nun kommen auch noch die Spannungen mit der neuen polnischen Regierung hinzu.

Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro hält sich mit Höflichkeiten wie Neujahrswünschen nicht auf, als er vergangenen Montag auf die Kritik der Europäischen Kommission an den Reformen der neuen nationalkonservativen Regierung reagiert. Das Schreiben des Ministers an den Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, ist alles andere als eine Liebeserklärung aus Warschau an die EU.

Es ist ein Frontalangriff. Ziobro zeigt sich „befremdet“, wirft der Kommission „Ahnungslosigkeit“ vor und den Versuch, ein demokratisch gewähltes Parlament unter Druck zu setzen. Zwei Tage später reagiert die Kommission und leitet ein Verfahren gegen das Land ein. Der Umgang der Regierung in Warschau mit dem Verfassungsgericht und den Medien hat ihr keine Wahl gelassen. Der Tonfall des Begleitbriefs von Timmermans an Ziobro ist sachlich.

„Britischer“ Blick der Osteuropäer: Die Kommission will jede weitere Eskalation vermeiden. „Wenn wir auf Konfrontationskurs gehen, stärken wir die Regierung nur“, heißt es in der Behörde. Die heftige Kritik der beiden deutschen EU-Politiker Schulz und Oettinger an Polen habe genug Schaden angerichtet. Zudem habe die Erfahrung mit der ungarischen Regierung von Viktor Orbán gezeigt, dass sich im Dialog mehr erreichen lasse.

Tatsächlich dürfte noch etwas anderes eine Rolle gespielt haben: Die EU kann es sich schlicht nicht erlauben, eine weitere Front zu eröffnen – erst recht nicht mit den Osteuropäern. Seit Jahren fremdeln die alten Staaten Kerneuropas mit den nach 2003 beigetretenen ehemaligen Ostblock-Staaten. Das Unbehagen über den willkürlichen Umgang mit dem Rechtsstaat in Ländern wie Polen, Ungarn oder Rumänien spielt eine Rolle.

Vor allem aber stört viele in Brüssel und den Hauptstädten von Berlin bis Paris der nüchterne auf eigene Interessen konzentrierte – „britische“ – Blick vieler Osteuropäer auf die EU. „Mehr Dankbarkeit“ für die Aufnahme in die EU fordert mancher und meint Unterordnung unter die Interessen des alten Europa. Bis zur Flüchtlingskrise ließ sich das meist übertünchen. Nun aber wirft selbst mancher Berufseuropäer in Brüssel die Frage auf: War die Ost-Erweiterung ein Fehler?

„Koalition der Willigen“: Zwei Gruppen treffen sich inzwischen vor den EU-Gipfeln, um ihre Positionen zur Flüchtlingskrise abzustimmen: das alte Europa um Schweden, Österreich, die Benelux-Staaten und Deutschland, das sich nun „Koalition der Willigen“ nennt, und deren Hauptgegner, die vier Vizegrad-Staaten Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen.

Die Antwort der „Koalition der Willigen“ auf die Krise ist trotz des durchaus geäußerten Unbehagens über die Willkommenskultur von Kanzlerin Angela Merkel die klassische Gemeinschaftslösung. Zu ihr gehört allen voran die – bislang nicht funktionierende – Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Die Antwort der Vizegrad-Staaten ist der Bau von Grenzzäunen. Sie waren von Anfang nur eingeschränkt zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit.

Die Slowakei und Ungarn haben sogar gegen die einmalige Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen geklagt, die gegen ihren Willen beschlossen worden war. Die „Willigen“ werfen ihnen deshalb mangelnde Solidarität vor. Die EU unterstütze die Wirtschaft in Osteuropa Jahr für Jahr mit Milliarden aus den Strukturfonds. Da sei es nicht zu viel verlangt, wenn diese Staaten Deutschland oder Schweden Flüchtlinge abnähmen.

Deutscher Nettobeitrag steigt: Schulz geht so weit, die Flüchtlingskrise zur reinen Solidaritätskrise umzu-
deuten. Wenn man die Zahl von rund 1 Million Flüchtlingen, die 2015 nach Deutschland gekommen seien, ins Verhältnis zu den 500 Millionen Einwohner der EU setze, gebe es keine Krise, rechnet Schulz am Donnerstag im Brüsseler Europaparlament vor. Die Flüchtlingskrise sei das Resultat der Solidaritätskrise. Von dieser Analyse ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der vom österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann schon vor Monaten angedrohten Kürzung der Strukturhilfen für die unwilligen Osteuropäer.

Druckpotential hätte die Maßnahme, wie ein Blick auf die Zahlen offenbart. 13,75 Milliarden Euro mehr bekommt Polen im Jahr von der EU, als es in den Haushalt einzahlt. Das sind 3,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Ungarn erhält zwar „nur“ 5,7 Milliarden Euro. Das entspricht aber sogar 5,6 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Das bezahlen genau die Länder, die Ziel der Flüchtlinge sind: Schweden, Deutschland und Österreich.

Der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt ist auf 15,5 Milliarden Euro gestiegen. Der von Schweden und Österreich beträgt 2,3 Milliarden und 1,2 Milliarden Euro. Auch die Gelegenheit gäbe es. Der EU-Haushalt soll ohnehin bald auf den Prüfstand gestellt werden. So haben es die Staats- und Regierungschefs vereinbart.

Widerstand wächst auch in den alten Staaten: In der EU-Kommission will man eine Diskussion über die Strukturhilfen dennoch mit allen Mitteln vermeiden. „Dann fliegt uns die Gemeinschaft endgültig auseinander“, heißt es dort. Auch in Berlin macht sich die Erkenntnis breit, dass sich die Flüchtlingskrise nicht mit Druck auf die osteuropäische „Koalition der Unwilligen“ lösen lässt. Die Staaten seien eben 25 Jahre nach dem Ende des „Eisernen Vorhangs“ noch nicht so weit, heißt es in Brüssel in jüngster Zeit immer wieder. Dass der von der Kommission vorgeschlagene dauerhafte Mechanismus zur Umverteilung von Flüchtlingen noch von den EU-Staaten angenommen wird, glaubt außerhalb der Behörde und des Europäischen Parlaments kaum noch jemand. Schließlich wächst der Widerstand auch in den alten EU-Staaten. Die innenpolitisch unter Druck stehende französische Regierung hat schon angekündigt, keine weiteren Beschlüsse zur Umverteilung von Flüchtlingen mitzutragen, obwohl das Land erst vergleichsweise wenige Flüchtlinge aufgenommen hat. Zudem hat sich in den vergangenen Wochen im Kreis der Willigen die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Zustrom zurückgehen muss, wenn die EU die Kontrolle behalten soll. Auf die Kooperation mit der Türkei allein will sich niemand mehr verlassen. Dazu waren die ersten Ergebnisse zu entmutigend. Die niederländische Ratspräsidentschaft, die im ersten Halbjahr die Geschäfte der EU-Staaten führt, hat deshalb die Sicherung der Außengrenzen ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Ministerpräsident Mark Rutte spricht zwar davon, dass das Teil eines Gesamtpakets sein soll, zu dem die Verteilung der Flüchtlinge gehören müsse.

„Dann heißt es jeder gegen jeden“: „Über die Verteilung von Flüchtlingen können wir immer noch reden, wenn wir es geschafft haben, die Flüchtlingszahlen unter Kontrolle zu bringen“, sagt hingegen sein Migrationsminister Klaas Dijkhoff. Priorität habe zu verhindern, dass immer mehr Staaten Grenzkontrollen einführen und der Schengen-Raum in Gefahr gerate – eine Horrorvorstellung, nicht nur für ein Land wie die Niederlande, deren Wirtschaft am grenzüberschreitenden Handel hängt. Der stete Flüchtlingsdruck treibt damit alte und neue EU-Staaten wieder aufeinander zu – auch wenn das noch nicht so weit geht, dass der einst heftig kritisierte Bau des ungarischen Grenzzauns plötzlich als vorbildlich gelten würde. Viel Zeit bleibt den Niederländern nicht, um die Sicherung der EU-Außengrenzen voranzubringen. Bis zum Frühjahr, wenn der Weg über das Meer wieder leichter zu bewältigen ist, spätestens zum Ende ihrer Amtszeit wollen sie Fakten schaffen. Bis dahin müssen sie nicht zuletzt die heikle Frage beantworten, ob die EU Grenzschrützer auf dem Gebiet von Mitgliedstaaten einsetzen soll, auch wenn diese das nicht wollen. Im Fokus ist damit wieder ein alter Problemkandidat der Euro-Krise: Griechenland. „Gelingt das nicht, müssen wir uns über Konflikte zwischen West- und Osteuropa oder Nord- und Südeuropa keine Gedanken mehr machen“, warnt ein hoher EU-Beamter. „Dann heißt es jeder gegen jeden.“

Das wäre das Ende des Reisens und Handels ohne europäische Grenzkontrollen. Das Ende der EU. Im besten Fall könne sich die Koalition der Willigen zu einer Art Mini-Schengen zusammenschließen. So weit werde es nicht kommen, sagt Rutte. „Wir werden eine Lösung für diese Krise finden, das ist meine Vision“, sagt er bei der Auftaktveranstaltung der EU-Ratspräsidentschaft in Amsterdam und stützt. „Die Zeit für Visionen ist in der Europäischen Union vorbei“, hat er noch kurz zuvor verkündet. Quelle: F.A.Z.

Frankreichs Premier warnt vor EU-Kollaps in den kommenden Monaten

Epoch Times, Donnerstag, 21. Januar 2016 15:59

Bei der Diskussionsrunde „Zukunft Europas“, die am Donnerstag am Rande des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos stattfand, gaben die Teilnehmer zu verstehen, dass ein „Scheitern des europäischen Projekts“ ein mögliches Szenario sei. Auch Politiker aus Frankreich, Griechenland und Deutschland beteiligten sich an der Diskussion. Der französische Premierminister Manuel Valls fand bei dem Treffen deutliche Worte. Er sagte, dass „alle Gefahren“ mit denen sich Europa derzeit konfrontiert sieht, bereits in den kommenden Monaten zu einem Zusammenbruch des EU-Projektes führen könnten. „Das Europa-Projekt kann scheitern, wenn wir die Sicherheits- und die Flüchtlingsfrage nicht klären können“, so Valls.

Neben dem Konflikt in der Flüchtlingskrise zeigt auch der mögliche Brexit die Zerfallserscheinung der EU: Noch in 2016 sollen die Britinnen und Briten über einen Austritt aus der Union abstimmen dürfen. Umfragen deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin, mit leichten Vorteilen für die Brexit-Befürworter. „In einer Zeit wie dieser wäre ein Austritt Grossbritanniens aus der Union ein Drama“, so Frankreichs Premier. Er plädierte deshalb in den Verhandlungen zwischen London und Brüssel für einen Kompromiss, der es den Briten erlaube, in der EU zu verbleiben, berichtet das Portal „Südostschweiz“. „Ich hoffe, dass der EU-Gipfel im Februar eine entscheidende Etappe in diese Richtung sein wird.“ Aber man dürfe auch nicht einfach jede Bedingung Grossbritanniens annehmen.

Flüchtlingsfrage dringend zu lösen: Die Flüchtlingsfrage sei das dringendste Problem der EU: Die Zeit dränge, meint der niederländische Premierminister Mark Rutte: „Wir müssen in den kommenden sechs bis acht Wochen die Flüchtlingsfrage klären, weil mit dem Frühling mehr Flüchtlinge nach Europa kommen werden,“ so „Südostschweiz“ weiter. Er forderte auch, die Infrastruktur in Italien und Griechenland für die Flüchtlingsaufnahme zu stärken. Die EU-Außengrenzen müssten gemeinsam kontrolliert werden. Außerdem müsse man das Dublin-Verfahren reformieren. Der deutsche Außenminister Wolfgang Schäuble will mit Milliardenzahlungen an die Krisengebiete, aus denen die Flüchtlinge kommen, den Druck auf Europa senken, schreibt das Portal weiter. Schäuble will auch eine Art Marshall-Plan für die Nachbarländer einsetzen, die vom Krieg - an dem auch Europa beteiligt war und ist - zerstört wurden. (so)

<http://www.epochtimes.de/politik/europa/frankreichs-premier-warnt-vor-eu-kollaps-in-den-kommenden-monaten-a1300805.html>

Der legendäre Investor George Soros prophezeit am WEF den Untergang «Die EU wird auseinander fallen!»

Publiziert am 22.01.2016 | Aktualisiert am 16.02.2016 -

Star-Investor George Soros spricht Klartext: Über die Flüchtlings-Krise, Merkels Fehler und Putins perfide Pläne.



Zuerst liess er einen gemischten Salat auftischen, dazu gefülltes Poulet von glücklichen Hühnern und Spinat. Dann prophezeite der legendäre amerikanische Investor George Soros (85) in Davos den Untergang.

«Die Europäische Union erlebt derzeit eine grundlegende Krise, die EU wird auseinander fallen», sagte Soros am Donnerstagabend bei einem Nachtessen am Rand des Weltwirtschaftsforums (WEF). Vielen im Hotel Seehof blieb der Bissen im Hals stecken – trotz exzellentem Rioja in den Gläsern.

Wirtschaftlich komme Europa nicht vom Fleck, so Soros. Zudem habe die deutsche Kanzlerin Angela Merkel (61) mit ihrer Flüchtlingspolitik ihr gesamtes politisches Kapital verspielt. «Merkel hat verloren, weil Deutschland nicht vorbereitet war, eine Million Flüchtlinge ins Land zu lassen», sagte Soros. Er wirkte frischer und klarer als in den Jahren zuvor.

Ist das die Wende in der deutschen Flüchtlingspolitik?

Nicht nur Europa, auch Russland sieht der in Ungarn geborene Devisenexperte in Gefahr. «Russland und die EU liefern sich derzeit ein Wettrennen wer zuerst untergeht. Es sieht so aus, als ob Europa dieses Rennen gewinnen wird.» Gezielt schade der russische Präsident Wladimir Putin (63) Europa. «Putin will, dass die EU zusammenbricht», so Soros. «Er benutzt die Flüchtlingskrise, um Europa zu destabilisieren.» Da Russland die entscheidende Macht in Syrien ist, werde es für das von fünf Jahren Krieg geschundene Land in absehbarer Zeit keine Lösung geben, befürchtet Soros.

Den jüngsten Absturz an den weltweiten Börsen deutet er als deutliches Zeichen: die Weltwirtschaft befinde sich «in der gleichen Verfassung wie 2008» – als die Finanzkrise begann. «Damals war die Subprime-Krise in Amerika das Problem, heute ist es China». Für die chinesische Wirtschaft erwartet Soros «eine harte Landung».

Wie sollen sich Anleger verhalten? Klartext vom Spekulanten: «Das ist nicht die Zeit, um Aktien zu kaufen. Wer verkaufen muss, der soll das jetzt tun.» Schwarz sieht der Investor insbesondere für Länder, die Rohstoffe exportieren.

Zuletzt äusserte er sich noch über die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Er erwartet ein Duell zwischen dem Republikaner Donald Trump (69) und der Demokratin Hillary Clinton (68). Scharf kritisierte er Trump. «Donald Trump geht wie der Islamische Staat vor – er macht auf Panik.» Erfolg werde ihm das keinen bringen, glaubt Soros. «Hillary Clinton wird einen Erdrutschsieg erringen.»

Warum ist Soros so pessimistisch? «Weil Menschen sich leider nicht vernünftig verhalten. Die Angst vor dem Tod untergräbt die Vernunft.»

Zum Dessert liess Soros Crème brûlée und Nusstorte servieren. Den meisten war der Appetit aber bereits vergangen.

(Peter Hossli aus Davos)

Kontinent der Krisen: Was passiert, wenn Europa scheitert

SPIEGEL ONLINE - 24.01.2016 - Von Henrik Müller

Vor Kurzem noch undenkbar: Ernst zu nehmende Politiker warnen vor einem Auseinanderbrechen der EU. Tatsächlich steckt der Kontinent in einer selbstzerstörerischen Spirale - die Folgen wären dramatisch.

Es sind düstere Warnungen, die sonst um Mäßigung bemühte europäische Politiker dieser Tage aussprechen. Endzeitstimmung macht sich breit - das baldige Scheitern der EU erscheint plötzlich möglich. Europa habe sechs bis acht Wochen, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, mahnt der niederländische Regierungschef Mark Rutte. Und falls das misslingt? Müssten wieder Grenzkontrollen eingeführt werden; das Schengen-Abkommen für grenzenlose Bewegungsfreiheit in Europa sei dann hinfällig.

Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, formulierte kürzlich eine Art europäische Dominotheorie: Scheitert Schengen, gibt es keine Freizügigkeit mehr für Arbeitnehmer, der Binnenmarkt wäre in Gefahr. Ohne offen Grenzen aber macht der Euro keinen Sinn. So ähnlich sieht das auch Frankreichs Premier Manuel Valls: Er sieht das gesamte europäische Projekt in ernster Gefahr.

Die lange Eurokrise, in der Risse zwischen den Mitgliedstaaten sichtbar wurden, war offenkundig nur das Präludium. Nun werden aus Rissen tiefe Gräben. Im Zuge der Flüchtlingskrise geht es nicht nur um technische Fragen wie die Sicherung der Außengrenzen oder die zentrale Aufnahme in Hotspots. Die wären bei etwas gutem Willen leicht lösbar. Inzwischen geht es um das Selbstverständnis der Nationen. Weil es den Europäern an einer gemeinsamen Vision für eine gute Zukunft mangelt, spielen sich wieder Fragen von nationaler Souveränität und kultureller Selbstbehauptung in den Vordergrund.

Es droht ein Zerfall der Europäischen Union: Vor diesem Hintergrund steigt das Risiko, dass Großbritannien dieses Jahr per Referendum aus der EU aussteigt - und dann womöglich andere Mitgliedstaaten folgen. Binnen weniger Monate würden wir uns in einer ganz anderen Welt befinden. Die EU würde schrumpfen und verfallen, innerlich wie äußerlich.

Unmittelbare Folge: Die Bürger wären von massiven Wohlstandseinbußen getroffen. Insbesondere drei Effekte würden sichtbar:

Zerrissene Wertschöpfungsketten: Die Industrie hat Europa in den vergangenen Jahrzehnten mit einem Netz von Zulieferverbindungen durchzogen, mit dem Ziel, jeweilige Standortvorteile auszunutzen. Der VW-Konzern beispielsweise baut viele Motoren in Ungarn, die dann an Werke in Deutschland, Tschechien, der Slowakei oder Spanien geliefert werden. Geländewagen der Marke VW wiederum werden in der Slowakei gefertigt, ebenso wie Karosserieteile für die Marke Porsche, die dann in Leipzig montiert werden, wiederum ausgestattet mit Motoren aus Deutschland und Ungarn. Bei einer Implosion Europas würde ein Teil solcher Wertschöpfungsketten durchbrochen. Lieferzeiten würden länger, Transportkosten steigen, die Wettbewerbsfähigkeit leiden. Sparprogramme, Werkschließungen und Jobverluste wären die fast zwangsläufige Folge.

Inflationsschock: Dass die Verbraucherpreise bislang stabil sind, liegt insbesondere am intensiven internationalen Wettbewerb. Sollten die Schlagbäume wieder fallen, geschähe das Gegenteil: Weniger Wettbewerb bringt Preissteigerungen mit sich. Die Inflationsraten dürften deshalb empfindlich anziehen. Sofern auch die Währungsunion zerfällt, werden die Währungen kleinerer, schwächerer Volkswirtschaften abschmieren, was den Inflationsschub zusätzlich verstärkt. Die Notenbanken werden darauf mit Zinserhöhungen reagieren. In Ländern mit hochbewerteten Immobilienmärkten, darunter Deutschland, würden Preisblasen platzen - was weitere wirtschaftliche Probleme mit sich brächte.

Schuldenkrisen: Am härtesten getroffen wären Volkswirtschaften, die ohnehin auf wackligem Fundament stehen. Länder, die unter chronischer Wettbewerbsschwäche leiden und hartnäckige außenwirtschaftliche Defizite verzeichnen - wie Großbritannien, Frankreich, Rumänien oder Tschechien - müssten sich darauf einstellen, dass der Kapitalzustrom abreißt. Hoch verschuldete Volkswirtschaften wie Portugal, Italien oder Griechenland würden durch massiv steigende Zinsen an den Rand der Pleite geraten.

Ökonomische und politische Schäden als Folge eines Scheiterns: Je kleiner ein Land ist und je schwächer es wirtschaftlich dasteht, desto härter würde es die negativen Folgen einer EU-Implosion zu spüren bekommen. Aber auch Deutschland würde leiden. Die Bundesrepublik ist eine hochgradig offene Volkswirtschaft, die bislang eng mit dem übrigen Europa verwoben ist: 58 Prozent der Im- und Exporte werden mit EU-Partnern abgewickelt. Das gigantische Auslandsvermögen Deutschlands von mehr als einer Billion Euro ist zur Hälfte im übrigen Europa angelegt. Entsprechend viel hätte Deutschland zu verlieren, falls Jean-Claude Junckers Dinoszenario Wirklichkeit würde.

Zu den ökonomischen Schäden kommen die politischen. Konflikte zwischen den europäischen Nachbarn lassen sich noch schwerer lösen, wenn die EU-Institutionen scheitern. Zumal die absehbare Wirtschaftskrise und die damit einhergehende soziale Krise das politische Klima in den Mitgliedstaaten weiter vergiften würde. Eine zunehmende Polarisierung durch den Aufstieg populistischer Politiker wäre die mutmaßliche Folge. Schuldzuweisungen, verbale Attacken bis hin zu Sanktionen zwischen Nachbarstaaten wären an der Tagesordnung.

So gesehen befindet sich Europa in einer destruktiven Spirale. Sie zu stoppen sollte oberstes Ziel vernünftig handelnder Staatslenker sein. Es steht zu viel auf dem Spiel.

Zusammengefasst: Viele Politiker fordern angesichts der anhaltenden Flüchtlingsströme Grenzschießungen. Doch die Abkehr vom Schengen-Abkommen und die Rückkehr zur Nationalstaaterei könnten einen Zusammenbruch Europas bedeuten. Und das hätte verheerende Folgen für alle Mitgliedstaaten - auch Deutschlands Wohlstand wäre dann gefährdet. Deswegen muss ein Zerfall Europas mit allen Mitteln verhindert werden.

Finnisches Parlament berät über Euro-Austritt

derStandard.at - 10. März 2016, 17:07

Petition mit mehr als 50.000 Unterschriften forderte Behandlung des Themas im Parlament Helsinki – Das finnische Parlament wird in den kommenden Wochen über einen Austritt des Landes aus dem Euro debattieren. Ein genauer Termin stehe aber noch nicht fest, sagte Johanna Sarhimaa vom Parlamentspräsidium am Donnerstag. Die Abgeordneten müssen sich mit der Frage befassen, nachdem eine entsprechende Petition im vergangenen Jahr von mehr als den erforderlichen 50.000 Unterstützern unterschrieben worden war. Die Initiatoren verlangen eine Volksabstimmung über die weitere Mitgliedschaft in der Währungsunion. Nach ihrer Ansicht würde das mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfende Land mit einer eigenen Währung besser dastehen. Durch flexible Wechselkurse könne die Wettbewerbsfähigkeit Finnlands wiederhergestellt werden, argumentieren sie. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, dass die Initiative Erfolg hat. In einer Meinungsfrage vom November sprachen sich 64 Prozent der Finnen für den Euro aus.

(APA, 10.3.2016) - derstandard.at/2000032688436/Finnisches-Parlament-beraet-ueber-Euro-Austritt

Die EU bricht auseinander, doch Portugal zeigt neuen Weg ohne Schäuble – Vorbild für Spanien?

Von Rui Filipe Gutschmidt - ContraMagazin, Politik Europa - 25. Februar 2016

Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble dürfte mit dem Haushalt den Portugals Regierung jetzt vor das Parlament bringt und mit Hilfe der linken Mehrheit bestätigen lässt nicht ganz zufrieden sein. Bei der Debatte wurde noch einmal klar, dass dies nicht der Haushalt ist, den sich Portugals Mehrheit gewünscht hat, aber noch viel weniger der Haushalt der EU, der Märkte oder der Opposition. Und auch Schäuble schäumt vor Wut, da er kein zweites Griechenland bekam.

Nein, das kleine Portugal ist nicht sonderlich wichtig und war deshalb ein gutes Versuchsfeld für Schäubles ultraliberale Ideen für die (seine) zukünftige EU. Doch während Schäuble seine Pläne schmiedet, bricht die Union auseinander. Sie zerbricht an nationalen und wirtschaftlichen Egoismen und an einer bürgerfernen Politik, deren Repräsentanten oftmals nicht gewählt sondern ernannt wurden. Doch an der Austerität zerbricht nicht nur die EU als Ganzes, sondern auch einzelne Staaten brechen auseinander.

Großbritannien steht vor einem Referendum über den Verbleib in der Union, da Politiker nicht selten auch noch ihre eigene Inkompetenz auf Brüssel abwälzen und der Brüsseler Eurokratie noch hinzufügen. Wenn ein Mitgliedsland mehr Vor- als Nachteile von der Union hat, dann ist dies Großbritannien. Doch wenn Schottland schon vorher seine Unabhängigkeit anstrebte, so zerbricht der Union Jack erst recht, wenn die Briten für den EU-Austritt stimmen. Wenn Wales, als relativ arme Region aufhört Gelder aus Brüssel zu bekommen und Nordirland auf einmal eine EU-Außengrenze bekommt, dann spaltet sich auch das Vereinigte Königreich endgültig.

Doch vor allem Spanien scheint an den Sparzwängen der EU kaputt zu gehen. Nicht das die baskischen Nationalisten irgendwelche wirtschaftlichen Einschränkungen nötig hätten, um ihre Unabhängigkeit von Madrid zu fordern, aber die Krisen und die Einschnitte, die von der Zentralregierung aufgezwungen wurden, haben auch die gemäßigt eingestellte Bevölkerung den „Independentistas“ der Neuzeit näher gebracht. In Katalonien ist dieser Effekt sogar noch stärker ausgeprägt. Die Konservativen unter Mariano Rajoy haben mit ihrer Untergebenheitspolitik gegenüber den Märkten, Brüssel und dessen Stellvertreter Wolfgang Schäuble, die Katalanen in nie dagewesenen Zahlen auf die Straße getrieben, um ihre Unabhängigkeit zu fordern.

Im Gegensatz zu vielen nationalistischen Bewegungen in Europa, sind die Menschen in Katalonien eher für einen Verbleib in der EU. Sie setzen dabei auf einen Wandel von innen heraus. So haben sie bei den Wahlen eine Position erlangt, die eine stabile Regierungsbildung von ihrer Zustimmung abhängig macht. Nur das Beharren auf ein verbindliches Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens hat eine Regierungsbildung bislang verhindert. Podemos ist die einzige Partei, die dem Referendum zustimmt, während PSOE, Ciudadanos und vor allem PP eine Abspaltung der südöstlichen Region mit Hauptstadt Barcelona nicht zulassen wollen. Gut möglich, dass die bei den deutschen Urlaubern so beliebten Balearen sich den Katalanen anschließen könnten. Doch nur wenn ein Verbleib in der EU gewährleistet wird, würde die Tourismusbranche dem zustimmen.

Klingt das widersprüchlich? Unabhängigkeit vom Nationalstaat wegen der EU-Austeritätspolitik, aber Verbleib in Europa und vielleicht sogar im Euro? Nein, nicht unbedingt. Denn Europa ist einfach nur ein Bündnis, mit dem Ziel eine Einheit gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen zu erstellen und sich als solche gegen diese zu behaupten. Würde durchaus Sinn machen, wenn man sich nicht kaufen ließe. Diese EU hat sich in einen Lobbyistenverein verwandelt und versucht derzeit einen diktatorischen Druck auf die einzelnen Mitgliedsstaaten auszuüben. Vor allem die „reichen“ Länder schreiben den „armen“ Ländern vor, wie sie ihren Haushalt zu führen haben. Dabei sind der Stabilitätspakt, die Haushaltskonsolidierung und der Schuldenabbau nur ein Vorwand, der die ideologischen Beweggründe der ultraliberalen Schäuble-Bruderschaft verschleiern soll.

Doch es gibt immer mehr, die an einen anderen Weg glauben. Die ersten, die versucht haben die Macht der Banker, Spekulanten und Profiteure der Krise herauszufordern waren die Griechen nach dem Wahlsieg von Syriza. Sie waren der geballten Macht der EU- und Hochfinanzdiktatur unter Wolfgang Schäubles Federführung nicht gewachsen. Von den anderen Krisenländern im Stich gelassen, dessen Wahlvolk sich von den konservativ-bürgerlichen – auf ideologischen Abwegen befindlichen – Parteien verführen ließ, mussten die Hellenen einen hohen Preis dafür zahlen, dass sie eine „linksextreme“ Regierung gewählt haben. Revanchismus übelster Sorte.

Portugal hat trotzdem Links gewählt. Die neue Regierung aber hat die von Brüssel als „linksextrem“ eingestuften Parteien nur als parlamentarische Unterstützung, während nur Minister und Staatssekretäre von dem als pro-europäisch eingeschätzten Partido Socialista (PS) die Regierung stellen. Bei den Verhandlungen um Portugals Haushalt mussten auch die Portugiesen einige Nachbesserungen akzeptieren. Doch waren sie von Anfang an gewillt sich mit Schäuble und Draghi zu verständigen. Nun, wie auch immer man es interpretieren mag, es ist ein Bruch mit dem EU-Diktat von „Gesundsparen“ und das Fett des Staates abbauen.

Die Portugiesen haben es nicht leicht, da die hohen Herren in Brüssel und Frankfurt verhindern wollen, dass Spanier und Italiener auch Schäubles Weg verlassen. Aber langsam sollte es auch der Schwarzen Null gedämmert haben, dass es sein Europa nicht geben wird. Nur eine EU, die wirklich solidarisch mit allen Mitgliedern der Gemeinschaft ist, wird auf lange Sicht Bestand haben. Mit der EU der Hochfinanz und Großkonzerne ist es jedenfalls vorbei. Spanien wird sicher bald Neuwahlen bekommen und es wäre ihnen zu raten die von Korruption zerrissenen alteingesessenen Parteien zu meiden und sich für einen Neuanfang zu entscheiden. Portugal zeigt, dass es möglich ist. Nicht einfach, aber möglich.